

Postulat (Fraktion SP, Stefan Jordi): Kasernenareal Bern: Wieso wird das brachliegende Potential nicht besser genutzt?

2007 sorgte ein Projekt unter dem Namen «Quan Terra» für mediale und politische Aufruhr. Auf dem Kasernenareal-Perimeter in Bern (begrenzt durch Papiermühle-, Militär-, Beundenfeld- und Kasernenstrasse) sollte ein «City-Ressort» mit Wellnesshotel, Wohnen und Kultur entstehen. Die Planung erfolgte durch den Kanton. Der Gemeinderat sprach sich aus städtebaulichen, freiraumplanerischen und denkmalpflegerischen Gründen gegen das überladene Projekt aus. Er signalisierte aber Bereitschaft für eine sinnvolle Nutzung des Areals. Gescheitert ist das Projekt nicht zuletzt wegen den unterschiedlichen Vorstellungen von Stadt und Kanton Bern zur Weiterentwicklung des Areals. Dies ist fatal, gilt es doch, die Stadt als Wirtschaftsmotor für den ganzen Kanton weiter zu entwickeln und zu stärken.

Seither ist fast ein Jahrzehnt vergangen. Nach dem Motto «gäng wie gäng» ist das Kasernenareal immer noch wirtschaftliches und wohnbaupolitisches Brachland. Ein ernsthafter Dialog zwischen Kanton, Stadt und dem Bund hat – zumindest öffentlich wahrnehmbar - nicht stattgefunden und die Weiterentwicklung ist heute weder beim Kanton noch bei der Stadt Bern ein Thema. Zu Unrecht. Denn entlang der Militärstrasse könnten attraktive genossenschaftliche Wohnungen entstehen, auf dem Zeughausareal wäre eine Nutzung für Gewerbe sowie Kultur gut denkbar und die vom Zaun befreite Kasernenwiese würde zum attraktiven Quartierpark. Voraussetzung ist, dass die zukünftige Stellung des Waffenplatzes Bern umdefiniert und der Waffenplatzvertrag mit dem Bund aufgelöst werden. Damit die Umnutzung die nötige Akzeptanz erlangt, muss die Bevölkerung und insbesondere die Quartierkommission in die Projektentwicklung einbezogen werden.

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, welches städtebauliche Potential der Perimeter des Kasernenareals zukünftig fürs Wohnen sowie eine Nutzung für Gewerbe und Kultur haben kann - vorwiegend ohne militärische Nutzung
2. Weiter wird der Gemeinderat beauftragt, sich bei Bund und Kanton für eine Anpassung des bestehenden Waffenplatzvertrags einzusetzen, so dass eine Nutzung gemäss Ziffer 1 rasch möglich wird.

Bern, 18. August 2016